

Bezugspreis: Einzelheft 16,50 M., monatlich 5,50 M., frei ins Haus, wenn zahlbar. ...

VORWÄRTS

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Sonnabend, den 21. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. ...

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Raumzeile ...

Poincaré Wiedergutmachungskommissar.

Paris, 20. Februar. (Havas.) Das Amtsblatt meldet, daß Senator Raymond Poincaré an Stelle von Jonnart zum Delegierten Frankreichs in der Wiedergutmachungskommission ernannt wurde.

Die Ernennung des ehemaligen Präsidenten der französischen Republik zum Vertreter Frankreichs in der Wiedergutmachungskommission bedeutet einen schweren Schlag für alle, die in der allmählichen Anbahnung eines besseren Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland die einzige Rettung Europas sehen.

Die Ernennung Poincarés zum Mitglied der Wiedergutmachungskommission wird in Deutschland als eine neue Bestätigung für die Richtigkeit dieser Auffassung wirken. Denn Poincaré gilt hierzulande als Mitschuldiger des Krieges, als der schärfste Rivale der französischen Generalpolitik, als der unveröhnlichste Feind des deutschen Volkes.

Die diplomatischen Beziehungen.

Paris, 20. Februar. (Havas.) Nach einer Havasmeldung hat sich der deutsche Geschäftsträger Dr. Rayer zum ersten Male seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zum Empfang des diplomatischen Korps ins Elisee begeben.

Der Ueberfall der Baltikumer.

Zu den in unserer Morgenausgabe gemeldeten unerhörten Vorfällen in der Versammlung des „Bundes Neues Vaterland“ in Charlottenburg hat Herr v. Gerlach einem Mitgliede unserer Redaktion eine telefonische Unterredung gewährt.

Während Herr v. Gerlach noch beim Sprechen war, ließ ihn ein Soldat von besonders kräftigem Körperbau von Seite und Wuch einige Schritte, die nichts als eine wilde antimilitärische Geste enthielten. Gleich darauf erhob sich der schon geküßerte Samult, in dessen Verlauf Herr v. Gerlach einen scharfen Schlag auf den Kopf erhielt, dem heftige Tritte gegen die Beine folgten.

Das Publikum setzte sich vorwiegend aus Kreisen des Mittelstandes zusammen; Arbeiter fehlten fast vollständig, was auf die von Arbeitern wenig bewohnte Gegend zurückzuführen sein dürfte. Heute vormittag liegt Herr v. Gerlach mit verblutetem Kopf und heftigen Schmerzen im rechten Bein, in dem sich infolge der Schläge ein Bluterguß gebildet hat.

Die „Freiheit“ findet es besonders gravierend, daß sich die Versammlungsprenger im Besitz von Koste-Ausweisen befanden. Hierzu sowie zu der Tatsache, daß die Exzessanten nach Befristung wieder entlassen wurden, wird uns mitgeteilt:

Die Uebelthäter vom Freitag abend befanden sich im Besitz von Koste-Ausweisen, nicht weil sie Baltikumer oder Exzessrevolutionäre oder dergleichen sind, sondern weil sie noch der Reichswehr angehören. Jeder Soldat oder der Reichswehrangehöriger ist befugt einen solchen Waffenschein, den er erst in dem Augenblick seiner Entlassung abgeben muß.

Weiterhin glaubt die „Freiheit“, aus der Tatsache, daß die Polizei die festgenommenen Gefangen wieder freigelassen habe, einen Vorwurf gegen die Behörden ableiten zu können.

Das Sowjetwahlgesetz.

Sankt Petersburg, 21. Februar. Aus Moskau wird der „Frank. Stg.“ drahtlos gemeldet: Die „Iswestija“ veröffentlicht die Bedingungen für die nächsten Sowjetwahlen. Nur Arbeiter beiderlei Geschlechts und jeder Nationalität über 18 Jahre dürfen wählen.

Der Vormarsch der Bolschewisten.

Amsterdam, 20. Februar. (Havas.) Dem Reuterschen Bureau zufolge befragt eine drahtlose Mitteilung aus Moskau, Kischingewski sei von den Bolschewisten genommen, die weißen Truppen hätten die Stadt aufgegeben und seien auf die Seite der Sowjetregierung getreten.

Das neue serbische Kabinett.

Belgrad, 21. Februar. (Havas.) Der Prinzregent hat gestern ein Dekret unterzeichnet, das die Ernennung des Kabinetts Protitch enthält. Präsident des Kabinetts ist Protitch (liberal), Vizepräsident: Bertichminister Strojick (Führer der serbisch-slowenischen Partei), Minister des Innern: Trifunicki (liberal).

Die politischen Gefangenen in Bayern.

München, 21. Februar. (Havas.) In einer Rassenversammlung der unabhängigen Sozialdemokraten wurde gestern nach erregter Aussprache eine Entschließung angenommen, in der die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen gefordert wird.

der Reichswehr ohne Mitwirkung der Militärbehörden einzuschreiten. Die noch nicht entlassenen Soldaten unterstehen vielmehr der Militärgerichtsbarkeit, so daß ihre Inhaftierung nicht der Kompetenz der Polizeibehörde unterliegt.

Eine hiesige Lokalcorrespondenz meldet noch zu dem Vorfalle:

Die Angehörigen der Baltikumtruppen marschierten nach der Versammlungspresenung in geschlossenem Zuge durch die Kantstraße, wo sie von einem Auto der Charlottenburger Sicherheitswache angehalten und insgesamt 21 Mann verhaftet wurden.

Ueber die flandrischen Vorgänge in der Charlottenburger Versammlung und die Verhandlungen des Herrn von Gerlach berichtet heute die gesamte Presse der Provinz, aber nicht ein einziges rechtsstehendes Blatt.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt, daß heute morgen die Untersuchung der Angelegenheit von amtlicher Seite in weitestem Umfange eingeleitet worden ist. Es ist zu hoffen, daß auf Grund der bereits auf der Polizeibehörde gemachten Personenermittlung die Angelegenheit rechtlos aufgearbeitet und sämtliche Schuldigen der verdienten Strafe zugeführt werden.

Es ist der dringende Wunsch des Polizeipräsidenten, daß die Baltikumtruppen so schnell wie möglich aus Berlin verschwinden. Zuerst sind diese Truppen in einem Konzentrationslager untergebracht, wo sie bis zum 15. April 3. verbleiben, damit sie sofort wieder von dem Lager aus in das bürgerliche Leben übergehen können.

Es ist einwandfrei festgestellt, daß ausschließlich Baltikumtruppen die Hauptkräfte in der Versammlung waren, die gestern abend noch auf der Tauentztauerstraße festgenommen und deren Personalien festgestellt wurden.

Aufteilung der deutschen Flotte.

London, 20. Februar. Der Parliamentssekretär des Marineministeriums, Oberst Wilson, erklärte im Unterhaus, daß die deutschen Schiffe über 1000 Tonnern, zusammen 1824 823 Tonnern, an die verschiedenen Großmächte verteilt werden sollen.

Die Reichswehrzentrale für Deismatdienst legt Wert darauf, festzustellen, daß Reichswehrminister Roske in Hamburg und Bremen, entgegen anderen Mitteilungen lediglich im Hinblick auf die Ententennote vom 1. Dezember 1918, die die Auflösung der über den Friedensvertrag hinaus bestehenden Verbände forderte, seiner Befürchtung Ausdruck gegeben habe, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen von Seiten der Entente die Existenz der Einwohnerwehren ernst bedroht würde.

Der Terror der Bewaffneten.

In Bremen hat vor einigen Tagen der Reichswehrminister, Genosse Roske, davon gesprochen, daß die Soldaten auf gewisse Freiheitsrechte, die die Revolution aller Arbeitern und Beamten gebracht hätte, würden verzichten müssen; denn:

Rationalitätsfreiheit der Bewaffneten bedeutet, daß das ganze deutsche Volk den 100 000 Bewaffneten überlassen wäre, und das darf nicht sein.

Der Gedanke als solcher ist diskutabel. Nur hat der Reichswehrminister eines übersehen: daß nämlich die Koalition der Bewaffneten, die Deutschland terrorisiert, bereits da ist. Ihren Kern bilden die ehemaligen baltischen Soldaten, Verstärkung erhalten sie durch einige monarchistisch gesinnte Teile der Reichswehr.

Diese Leute brauchen freilich nicht erst einen Verein oder eine Organisation zu gründen, um zu ihrem Zweck aktionsfähig zu sein, denn ihre Organisation ist die Geesorganisation. Sie werden zusammengelassen von einer einheitlich reaktionär gesinnten Führerschaft, der es noch und nach gelungen ist, alle anderen denkenden Elemente auszumergen.

Infolge einer Nachgiebigkeit der Regierung, gegen die wir hier oft warnend unsere Stimme erhoben haben, ist den Leuten der Kampf gewaltig geschwollen. Sie glauben bereits jetzt in der Lage zu sein, mit dreifacher Willkür — sich allein auf ihre Waffen und Organisation verlassend — jegliche Rechtsordnung und jegliches Gesetz mit Füßen zu treten.

Es war bereits ein großer Fehler, den baltischen Wehrern vollständige Amnestie zu gewähren, und sie nach Zusammenbruch ihres Abenteuers notgedrungen heimzuführen mußten. Man hätte zum mindesten die Führer, welche die Mannschaften zum offenen Ungehorsam aufgereizt hätten, verantwortlich machen müssen.

Der militärische Vertreter der Reichsregierung, Admiral Sopmann, hat hier einen Akt politischer Schwäche begangen, indem er seine Vollmacht dazu benutzte, um vor der Forderung der Wehrer, die volle Straflosigkeit vom ersten bis zum letzten verlangten, widerstandslos zusammenzuzucken.

Zimmerhin war die durch Admiral Sopmann versprochene Amnestie nach der Reichsverfassung unzulässig. Wir haben die Regierung zu wiederholten Malen darauf hingewiesen, daß sie das volle Recht besitzt, die Verpfändungen Sopmanns zu ignorieren, ohne daß in der Öffentlichkeit irgendwo sich Widerspruch erhoben hätte. Faktisch gefehlt ist aber nichts. Man hat sogar einen Leutnant Hochbach frei herumlaufen lassen, der jetzt zum Dank eine militärische Verschwörung gegen die Regierung organisieren hilft, obwohl der Fall dieses Staatselementsführers besonders gravierend lag.

Denn er stand nicht im Baltikum, sondern in Deutschland, ist entgegen ausdrücklichen Befehlen mit bewaffneter Hand Widerstand brechend nach dem Baltikum durchgedrungen, und hat von dort aus eine unlagbar häßliche Erklärung gegen die Regierung losgelassen, die etwa auf das bekannte Wort des Vöge von Verlichingen hinausläuft.

Der billige Triumph an der Grenze hat von vornherein jede Autorität der republikanischen Regierung bei den Baltikumtruppen vernichtet. Nach ihrem ersten Sieg über die Regierung hand bei ihnen bombastisch, daß sie mit weiter in dieser Art zusammenhalten brauchten, um alles, was sie wollten, gegen die Regierung durchzusetzen. Leider war ihre Auffassung nicht ganz unbedeutend. Denn anstatt diese Truppen schleunigst zu entwaffnen und aufzulösen, hat man sie in allerhand Lager und Garnisonen gebracht, wo sie auf ihre Umgegend einen fast unbeschränkten Terror ausüben konnten.

Wir haben die Klagen aus Stade, Rotenburg, Swinemünde, Schwälme usw. hier oftmals wiedergegeben. In Berlin haben sie schon im November in ähnlicher Weise, wie dies gestern in Charlottenburg geschah, eine Versammlung des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer zu Sprengen gesucht. Das war immerhin ein paar Wochen nach ihrer Heimkehr. Aber jetzt sind bereits mehr als drei Monate verstrichen, und die Leute befinden sich noch immer in militärischen Verbänden. Auf ihr Konto kommt auch der heimtückische Ueberfall auf den bewährten Major Kaupisch, der, wie fast alle ihre Schandtaten, bisher ungesühnt geblieben ist.





